

Danziger Zeitung.

No 15068.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Postenpoststraße Nr. 2, und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Zeitspalt 1885.

1885.

Telegramme der Danziger Zeitung.

London, 4. Februar. (W. T.) Gestern Abend ist in Whitechapel ein Individuum verhaftet, das bei den jüngsten Dynamitattentaten theilhaftig sein, auch zu dem verhafteten Cunningham in Beziehung stehen soll.

Telegr. Nachrichten der Danz. Zeitung.

Washington, 2. Februar. Die Schuld der Vereinigten Staaten hat im Monat Januar um 9 420 000 Dollars abgenommen. Im Staatsjahre befanden sich Ende Januar 460 340 000 Doll.

Die Erwerbung des Capita-Landes.

Ueber die neueste schon heute und gestern Morgen erwähnte deutsche Gebietserwerbung an der Westküste von Afrika, am Dobreda oder Dubrica-Flusse schreibt, wie schon telegraphisch erwähnt ist, ein in Sierra Leone ansässiger deutscher Vost im „Hann. Cour.“:

Dubrica, 4. Januar.

Am 30. Dezember traf ich zwischen Rio Pongo und Dubrica die Boote S. M. Schiff „Ariadne“. Der Herr Corvettenkapitän Chüden sagte mir, daß er am folgenden Tage nach Dubrica zurückkehren würde, um von dort aus nach Bramiah, der Hauptstadt des königreichs Bramiah, zu gehen.

Abends gegen 5 Uhr kam ich in Dubrica an. Herr Ohle — ein hiesiger Nordhäuser —, der hier Agent in einer bedeutenden englischen Faktorei ist, sagte mir, daß der Commandant und mehrere Offiziere S. M. Schiff „Ariadne“ dagewesen und ihre Rückkehr auf den folgenden Tag angelegt hätten.

Am Morgen des 31. Dezember kam auch die Dampf-Brakasse, mit einem Brandungsboot im Schlepptau, um etwa 7 Uhr Morgens wieder in den Dubricafluß und legte sich quer ab von der Colinhin (deutschen) Faktorei vor Anker. Offiziere und Mannschaften gingen in Brandungsbooten ans Land.

Da es schon seit lange ein offenes Geheimniß war, daß mit den Dubrica an- und umgrenzenden Ländern wegen Unterstellung unter deutschen Schutz verhandelt wurde, schloß ich, daß die Offiziere S. M. Schiff „Ariadne“ zu dem Zwecke nach hier gekommen waren, und freudig erregte beiste ich mich, den Herren Offizieren meine Dienste zur Verfügung zu stellen und so der deutschen Sache förderlich zu sein.

Vor kaum drei Monaten erst hatte ich den Bramiah-Fluß im Interesse meiner Firma ausgetoht und zum ersten Male den bislang noch jungfräulichen Fluß mit meinem Dampfer „Susu“ bis zu den Wasserfällen hinauf befahren und konnte daher jetzt jede erforderliche Auskunft über denselben geben. Nach langer Verabredung wurde die Reise nach Bramiah auf 5 Uhr Morgens des folgenden Tages (1. Januar 1885) festgesetzt, und zwar, da ich doch Geschäfte im Bramiah-Flusse hatte, mit dem Dampfer „Susu“.

Den Schiffsabend verbrachten wir in Ohles Hause in echter deutscher Weise. Corvettenkapitän Chüden, Capitänleutnant du Bois, Lieutenant zur See Oppenheimer u. a. waren bei uns zu Tisch — im Ganzen waren wir 16 Personen, darunter 8 Deutsche. Herr Ohle hatte die Einwohner des Dorfes Dubrica aufgeboten, zu Ehren unserer Gäste einen Tanz nach Landesart aufzuführen und beim Schalle des Tam-tam und des taktmäßigen Händeklatschens ging der Tanz vor sich im Mondlicht.

Um 4 Uhr Morgens am 1. Januar 1885 gingen wir alle, 8 Deutsche, an Bord der „Susu“, lachten Anker und dampften zum Dubricafluß hinaus. Die Mündungen beider Flüsse, des Dubrica und Bramiah, sind einander ganz nahe, so nahm es uns auch nicht lange Zeit, um in den letzteren hineinzulaufen. Um 11 Uhr Mittags langten wir bei der Stadt Bramiah an und gingen ans Land, um dem Könige William Hernandez einen Besuch zu machen. Wir wurden freudig von ihm begrüßt und empfangen — er hielt eine lange Ansprache an den Capitän Chüden, in der er seine Freude zu erkennen gab, daß nun endlich sein lang gehegter Wunsch in Erfüllung gehen würde, sein Land unter deutschen Schutz gestellt zu sehen. Er gab zu, schon vor einigen Jahren Verträge provisorischer Art mit Frankreich abgeschlossen zu haben, wollte sich jedoch nicht länger an dieselben binden. Von seiner Seite war alles in Ordnung. Nun war aber die Frage: Können die vorherigen Verträge übergangen oder umgestoßen werden; sind dieselben rechtskräftig oder nicht?

Um die nöthige Ueberzeugung davon zu erlangen, mußten dieselben zur Stelle geschickt werden, und nicht ohne Mühe, Zeitverlust und Anstrengung zwischen dem König und seinem Secretär wurden die Verträge endlich um 12 Uhr Nachts hervorgeholt. Der letzte Vertrag datirte vom 4. September 1884 und war in einer solchen Weise abgefaßt, daß auch kein Haar daran gefunden werden konnte — er war vollständig gültig und regelrecht. Wir mußten also darauf verzichten, die deutsche Flagge in Bramiah wehen zu lassen. Wir gingen alle wieder an Bord der „Susu“, und um 4 Uhr Morgens dampften wir den Fluß wieder hinunter bis nahe der Mündung, wo am südöstlichen Ufer ein kleiner Nebenfluß von geringer Tiefe, der Dalia, mündet; hier schifften die Offiziere wieder aus und gingen per Hinterboot den Dalia hinauf bis zur Stadt gleichen Namens, der Hauptstadt und Residenz des Königs von Capita, „Alkali Bangaly“. Hier hatten wir mehr Erfolg: um 6 Uhr Abends wurde die deutsche Flagge aufgezogen bei Anwesenheit des Königs, der Offiziere und gegenwärtigen Matrosen der „Ariadne“ und einer Menge Volkes. Dann folgte ein Tanz der Eingeborenen und die Sache war beendet.

Capita ist jetzt deutsches Eigenthum des Hauses A. Colin in Stuttgart. Es ist ein fruchtbares Land mit schönen hohen Bergen und von zwei schiffbaren Flüssen begrenzt, dem Dubrica und Bramiah.

Politische Uebersicht.

Danzig, 4. Februar.

Das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigt sich gestern mit Gegenständen, die nicht geeignet waren, Debatten von größerer Bedeutung hervorzuheben. Das Wesentlichste aus denselben ist in dem telegraphischen Kammerreferat in der heutigen Morgennummer bereits enthalten, so daß wir es uns diesmal ersparen können, noch einen besonderen Bericht darüber zu bringen. Die rheinische Synthesenordnung wurde von sämtlichen Rednern, den Abg. Reichensperger-Olpe (Centr.), v. Cuny (nat.-lib.), v. Synern (nat.-lib.) und Westenburg (frei.), mit Wärme begrüßt, wenn auch einige von ihnen noch verschiedene Wünsche in der Vorlage unberücksichtigt fanden.

Am Schluß der Sitzung wurde auf Antrag der Geschäftsordnungs-Commission über die Mandate

des zum Mitglied der Staatsschuldenverwaltung ernannten Abg. Dr. v. Cuny und des zum außerordentlichen Professor ohne Gehalt ernannten Abg. Dr. Delbrück beschloffen. Beide wurden für fortbestehend erklärt und damit war die Tagesordnung erledigt.

Wie uns schon telegraphisch mitgeteilt wurde, ist der dem Bundesrath Mitte Januar ds. zugegangene Gesetzentwurf wegen Abänderung des Zolltarifs von 1879 gestern im Reichstage zur Vertheilung gelangt. Den Vertretern der Bundesregierungen haben 14 Tage genügt, um sich über die Erhöhung der Getreidezölle und der Holzölle und einer langen Reihe weiterer Positionen des Zolltarifs schlüssig zu machen. Die gleiche Fähigkeit, schwierige steuerpolitische und wirtschaftliche Fragen, so zu sagen im Handumdrehen, zu entscheiden, wird der Reichstag wohl nicht für sich in Anspruch nehmen.

Wer den Zolltarif ansieht, der wird ohne Weiteres zugeben müssen, daß ohne commissarische Verabredung eine solche tief einschneidende Maßregel nicht beschloffen werden kann. Freilich ist es trotzdem zweifelhaft, ob es dazu kommen wird. Die Freisinnigen haben bereits den Beschluß gefaßt, die Commissionsberatung vorzuschlagen. Hier ob die Conservativen und vor allem die hier den Ausschlag gebende Fraction, das Centrum, darauf eingehen werden, steht dahin. Die agrarischen Elemente wünschen eine möglichst rasche Verabredung der Vorlage im Plenum des Reichstags. Inzwischen man wird sich der Einsicht schließlich nicht entziehen können, daß sich diese so complicirte Vorlage nicht über's Knie brechen und ohne eingehende Detailberatung abmachen lassen wird.

Unter diesen Umständen erscheint der Wunsch der Regierung, die Session des Reichstags noch vor Ostern, d. h. in spätestens 2 Monaten zu schließen, völlig unerfüllbar. Wahrscheinlich wird es nach der ersten Lesung des Zolltarifs doch zur Vertagung kommen, so daß die entscheidenden Verhandlungen erst nach Ostern vorgenommen würden.

Der Zeitpunkt für das Inkrafttreten der Zollerhöhungen ist in der Tarifvorlage offen gelassen, während nach der dem Bundesrath gemachten Vorlage die Holzölle am 1. October in's Leben treten sollten. Ohne Frage ist darin die Absicht zu erkennen, die sämtlichen Zollerhöhungen möglichst rasch in Kraft zu setzen.

Dem Reichstage sind neuerdings wieder eine Reihe von Petitionen für und gegen die Erhöhung der Getreidezölle zugegangen. Die letzteren kommen keineswegs nur aus den Städten, sondern auch aus Dörfern von kleinen Besitzern, Handwerkern und Arbeitern. Von besonderem Interesse ist eine Petition gegen die Erhöhung der Getreidezölle aus der Gemeinde Helmar in Meiningen, welche ungefähr folgenden Inhalt hat: „Die Gemeinde zählt 46 Nachbarn, von denen 1/4 ihr Brod das ganze Jahr über kaufen müssen; das übrige Viertel baut sein Brod auch nicht ganz; die Mehrzahl der Familien verbraucht monatlich 1 1/2 Ctr. Mehl zu Brod allein (die Familie durchschnittlich zu 5 Köpfen gerechnet), so daß auf eine Familie 18 Ctr. Brodmehl, auf 33 Familien 594 Ctr. kommen, zumal 2 Familien in dieser Berechnung noch gar nicht einbegriffen sind. Zudem tritt auch noch eine große Differenz zwischen dem Centner Roggen und dem Centner Mehl zu Tage. Sollte nun auf den Doppelcentner Roggen 2 Mk. Zoll gelegt werden, so würde auf uns eine neue Last von 594 Mk. jährlich fallen, und da überdies in der Gemeinde die Gemeindefasten weit höher sind als die Staatslasten, so wäre sicher in 3 Jahren die Gemeinde gänzlich ruiniert.“ Und wie hier in Meiningen, so ähnlich wird der höhere Getreidezoll überall wirken.

In der Budgetcommission des Abgeordnetenhaus wird demnächst eine bestimmte Erklärung des Finanzministers über die Frage der Vermehrung der Loose der preussischen Staatslotterie erwartet. Bis jetzt hat der Regierungskommissar an der alten Auffassung festgehalten, daß die Regierung zur Vermehrung der Loose geneigt sei, daß sie in dessen die Initiative in dieser Richtung dem Abgeordnetenhaus überlassen müsse. Von Interesse war die Ausführung des Unterstaatssecretärs Meinecke, daß selbst eine Verdoppelung der Loose nicht unzulässig sei, wie er zahlenmäßig nachzuweisen sich bemühte. Inzwischen ist die Zahl derjenigen, welche einer Ausdehnung des „unsißlichen“ Lotteriespiels widerstreben, von Jahr zu Jahr geringer geworden. Die prinzipiellen Gegner des Spiels können sich doch auf die Dauer der Berücksichtigung der Thatsache nicht entziehen, daß die Zahl der Loose der preussischen Staatslotterie dem Bedürfnis nicht entspricht und daß man nun vor der Frage steht, entweder diese Zahl zu erhöhen oder das Verbot des Spielens in nicht-preussischen Lotterien aufzuheben.

Die Verhandlungen der Congo-Gesellschaft mit Portugal waren scheinbar eben auf dem Punkte angelangt, zu einer Vereinbarung zu führen, als, wie die „Kr. Ztg.“ meldet, Portugal abermals alles abgelehnt hat. Es ist auf den weitgehenden Forderungen über das westafrikanische Küstengebiet, das die ablehnende Haltung Portugals nicht zu beklagen. Denn die Congo-Gesellschaft hatte sich zu Zugeständnissen verstanden, welche wahrlich für die Entwicklung des Handels in Central-Afrika und des Congo-Staates hinreichend und schließlich geworden sein würden. Die Congo-Gesellschaft hatte nämlich, wie verlautet, Portugal Gebiet auf dem linken und rechten Ufer des Congos angeboten. Andererseits wäre es bedauerlich, wenn die Konferenz auseinanderginge, ohne noch in einem feierlichen Acte die Konstituierung des Congo-Staates zugleich mit der Entgegennahme der endgültigen Festlegung der Grenzen anzuerkennen. Der Congo-Staat selbst kann in keinem Falle lebensfähig werden, so lange über das geringe

Küstengebiet, auf welchem ihm noch der Zutritt zum Meere offen stände, noch Streitigkeiten bestehen. Schon jetzt wird in den interessirten Kreisen die Ansicht ausgesprochen, daß von Seiten der Mächte den übermächtigen, bisher von keiner Seite anerkannten Ansprüchen Portugals entgegengetreten werden müsse. Wollte man diese Frage erst nach Schluß der Konferenz regeln, so würde sie weniger feierlich erscheinen und an Bedeutung verlieren. Auch würde der Beschluß der Konferenz über Freiheit des Handels im Congoboden nur von geringem oder gar keinem praktischen Werthe sein, so lange der Congo-Staat, dem doch allein die thatsächliche Durchführung dieses Satzes obläge, nicht im Stande wäre, sich lebensfähig zu erweisen.

Was die geplante Eisenbahn betrifft, von der man so viel gesprochen hat, und welche einen so großen Nutzen haben sollte, so kann auf lange Jahre hinaus davon nicht mehr die Rede sein.

Das norwegische Storting ist gestern von dem Kronprinzen eröffnet worden. Die Thronrede kündigt mehrere Gesetzesentwürfe, unter Anderem über die Wehrpflicht, die Abänderung der Criminalprozeßordnung, an und hebt die gute finanzielle Lage des Landes hervor.

Die beunruhigenden Gerüchte über neue Verschwörungen der Feiner können in London nicht zur Ruhe kommen. Dem „Daily Telegraph“ zufolge wäre der Polizei die Anzeige zugegangen, es bestünde ein Complot zur Zerstörung der Westminster-Abtei.

Ueber das Attentat auf den Feinerhauptling O'Donovan Rossa in New York sind außer den heute Morgen mitgetheilten neuen Nachrichten nicht eingetroffen.

General Wolseley hat in einer aus Corti von gestern Abend 9 Uhr datirten Depesche dem Kriegsminister angezeigt, General Carle habe am 1. d. Verti befehligt, das vom Feinde geräumt worden sei; der Schiffahrt auf dem Nil stellten sich zwar große Schwierigkeiten entgegen, General Carle sei derselben aber mit seiner Truppenabtheilung bis jetzt immer Herr geworden.

Die gesammte britische Streitmacht, welche Corti erreicht, zählt weniger als 6500 Combattanten. Die detachirte Colonne des General Carle besteht nun aus 2400 Mann. 500 Mann hatten die Verbindungsabtheilungen zwischen Corti und Abu Klea befehligt. 350 Mann stehen auf der Verfolgung des Stenwartschen, ursprünglich aus 120 Mann bestehenden Corps. Wenn nun Wolseleys zum Theil noch in Corti, zum Theil bereits auf dem Marsche durch die Wüste befindliche Truppen mit Stenwarts Corps vereinigt sein werden, werden im Ganzen nur 3250 Mann mit 6 Kanonen, um Metamneh zu nehmen und darauf nach Khartum vorzustößen, vorhanden sein.

Reichstag.

40. Sitzung vom 3. Februar.

Die zweite Verabredung des Stats der Post- und Telegraphenverwaltung wird fortgesetzt.

Zu Tit. I der Ausgaben (Staatssecretär 24 000 M.) beantragt Abg. Lingens (Centr.): „Der Reichskanzler zu eruchen, darauf Bedacht zu nehmen, daß an Sonn- und Feiertagen nur Briefe, Postkarten und mittelst Postdebit zu beziehende Zeitungen anzunehmen und zu befehlen, dagegen Waarenproben, Druckfachen, Pakete, Geld- und Werthsendungen, insofern solche nicht als durch Eilboten zu bestellende aufgegeben werden, vom Dienste auszuschließen.“ Der Antragsteller führt aus, daß die öffentliche Meinung mehr und mehr für die von ihm verfolgten Tendenzen gewonnen sei, und daß die Majorität des Hauses in früheren Jahren seinen Antrag, trotz des Widerpruchs des Staatssecretärs, angenommen habe. Der Antrag sei auch praktisch vollzogen durchführbar. Die Verwaltung möge nun wollen, dann werde sie die Schwierigkeiten mit Leichtigkeit überwinden. (Beifall im Centrum.)

Staatssecretär Stephan: Ich verspreche, daß die Verwaltung auch ferner innerhalb der Grenzen, in denen sich ihre Bestrebungen zur Erleichterung der Beamten an Sonn- und Feiertagen bisher bewegt haben, noch weiter vorwärts schreiten wird. Der heutige Antrag ist aber unannehmbar. Die Maßregel würde, wenn durchgeführt, nicht weniger als 50 Millionen Sendungen jährlich betreffen, die in ihrem Lauf, obwohl sie von den Adressaten in vielen Fällen dringend erwartet werden, und obwohl die Abänderung unbedingt auf pünktliches Eintreffen am Bestimmungsort gerechnet haben, ausgefallen werden. Nach dem Vorschlage Lingens dürfen ferner gerade die politischen Zeitungen, die durch Postdebit bezogen werden, auch ferner Sonntags bestellt werden; und gerade die belletristischen Sonntagsblätter, deren Lectüre für die Erholungsstunden bestimmt ist, würden von der Bestellung ausgeschlossen sein. Was soll es ferner heißen „vom Dienst auszuschließen“? Es wird a. B. ein Briefkasten Sonntags geöffnet; darin befinden sich 200—300 Sendungen. Von diesen würden nach dem Antrage Lingens vielleicht 270 bestellt werden müssen, 30 aber sollen Druckfachen sein, die „vom Dienst auszuschließen“ wären, dieselben müßten also sorgfältig ausfortirt werden, wodurch die Arbeit umständlicher gemacht wird, als wenn sie sofort befördert würden. Welche Schwärzung des Dienstes würde es ferner sein, wenn am Sonabend Abend sämtliche angekommenen Sendungen, die am Sonntag nicht bestellt werden dürfen, herausfortirt werden müßten. (Sehr richtig! links.) Die Landeshauptstadt kommen ferner gerade Sonntags nach der Stadt, sie schicken a. B. von da aus die Pakete an ihre Söhne, welche in fernen Garnisonen stehen. Wollen Sie das verhindern, so würden Sie gewiß nicht für Ihre Sonntagsfeier beim Publikum Stimmung machen. Gegen den vorjährigen Antrag Lingens sind ferner 34 Eingaben von Handelskammern gekommen, in welchen übereinstimmend dargelegt ist, daß die Sicherheit des Geschäftsverkehrs und der Geschäftsabläufe durch den Antrag erheblich leiden würde, daß namentlich Handwerker und Landleute, welche ihre ganze Correspondenz Sonntags zu erledigen pflegen, weil sie Sonntags nicht die Zeit haben, aufs schwerste durch den Antrag betroffen würden. Uebrigens ist die Postverwaltung seit der vorigen Session bereits erheblich weiter darin fortgeschritten, für die mögliche Sonntagsruhe der Beamten zu sorgen und gleichwohl das Verkehrsinteresse genügend zu berücksichtigen. Die Zahl der Bestellungen an Sonntagen ist thätlich herabgesetzt; die Schalterstunden für das Publikum be-

schränkt; die Stellvertretung der Beamten, die Sonntags beurlaubt werden, ist geregelt worden. Auf diesem Wege wird die Verwaltung weiter vorgehen. Zum Schluß erinnere ich: die Post ist in allen Fällen nur der secundäre Factor. Sagen Sie doch damit an, überhaupt das ganze Gewerbe, den ganzen Verkehr an den Sonntagen zu beschränken; die Post ist ja nur die Dienerin des großen Verkehrs. Schließen Sie erst die Häfen, die Flüsse, die Eisenbahnen; schließen Sie namentlich zuerst die Theater; dann wird auch die Post Sonntags geschlossen werden können. (Beifall.)

Abg. Baumbach: Der Staatssecretär hat Ihnen eben in schlagender Weise gezeigt, daß es unmöglich ist, mit dem vom Antragsteller vorgeschlagenen Maßregeln in unser hoch entwickeltes Verkehrsleben einzugreifen. Es giebt übrigens auch andere Beamte in Deutschland, die ebenso und noch mehr Dienst haben, als die Postbeamten. Wenn Hr. Lingens die durch Eilboten zu bestellenden Sendungen am Sonntag zulassen will, so ist das eine Bevorzugung der bemittelten Bevölkerungsklassen gegenüber dem armen Manne. Gerade die Arbeiter, Dienstboten und Handwerker geben am Sonntag ihre Pakete und Correspondenzen zur Post. Im höchsten Grade an tadeln ist der Ausschluß der Druckfachen. Denken Sie an die Consequenzen, die derselbe für Leipzig mit seinem Buchhandel haben würde. Die Druckfachen sind ebenso bedeutungsvoll wie die Briefe. Beifällig würde ich wünschen, daß in den Postämtern für Druckfachen noch eine Zwischenstufe eingeführt würde. Druckfachen bis zu 50 Gramm kostet gegenwärtig 3/4, über 50 Gramm sofort 10/4. Es dürfte sich empfehlen, vielleicht von 50 bis zu 200 Gramm eine Zwischenstufe von 5/4 einzuführen. Will man die Sonntagsruhe in dem Sinne des Abg. Lingens durchführen, so müßte man gleich den ganzen Verkehr treffen. Man soll nicht immer mit England und Amerika kommen; in Deutschland ist der puritanische Sonntag nicht beliebt. Gerade die katholische Kirche hat sonst durchaus nicht das Prinzip, das Volk in seiner Heiterkeit und seinem Frohsinn zu beschränken; sehen Sie nur a. B. nach Italien; um so mehr wundert es mich, daß gerade das Centrum den langweiligen englischen Sonntag bei uns einführen will. Ich möchte dem deutschen Volk seine Sonntagsfreude nicht verkümmern und hoffe, daß auch die gegenwärtige Reactionsperiode das nicht fertig bringen wird. Der Volkscharakter würde keineswegs gemindert, wenn man ihm künstlich mehr Philistertum und Kopfhängerei einimpfte. (Beifall links.)

Staatssecretär Stephan: Das Druckfachenporto hat früher betragen 4/4, betragen; es mußte bei Einführung der neuen Währung entweder auf 3/4 herabgesetzt oder auf 5/4 erhöht werden. Man hat sich gegen meinen persönlichen Wunsch für das letztere entschieden, und daher ist die vom Vorredner gerügte Klüft im Tarif zwischen 3 und 10/4 entstanden. Uebrigens ist das Bedürfnis nach einer Mittelfstufe nicht so groß, wie der Vorredner meint. 1881 wurden zum Beispiel im Reichspostgebiet im Ganzen 102 205 600 Druckfachen befördert, davon unter 50 Gramm und also zum Dreifemmettarif 95 Millionen, und nur 7 Millionen über 50 Gramm. Auch würde die Postverwaltung durch Einführung der Mittelfstufe im Tarif einen bei der jetzigen Finanzlage erheblich ins Gewicht fallenden Einnahmeverlust erleiden.

Abg. Liebknecht: Wir stimmen den Forderungen des Abg. Lingens zu. Was England sich leistet in dieser Beziehung, das können auch wir. Redner führt dann Beispiele, daß aus einer an ihn eingegangenen Forderung der „Socialdemokrat“, den er zur Reichstagsitzung benutzen wollte, entzogen sei.

Staatssecretär Stephan: Nach § 19 des Socialistengesetzes hat der Postbeamte, der eine verbotene Druckschrift unter Kreuzband nicht anhängt, eine Strafe bis zu 1000 M. resp. eine Gefängnisstrafe bis zu 6 Monaten zu gewärtigen. Der Beamte ist also in dem angeführten Fall streng pflichtmäßig verfahren.

Abg. Liebknecht: Ich habe nicht Beschwerde gegen den Beamten geführt, sondern gegen die Verordnung überhaupt, welche nicht zur Ehre der Postverwaltung gereicht.

Staatssecretär Stephan: Die Ehre Deutschlands zu wahren, sollte der Vorredner füglich den Regierungen überlassen. Die von ihm früher vorgetragenen Fälle habe ich alle unteruchen lassen, und es hat sich herausgestellt, daß überall geziemend verfahren ist.

Abg. Kalle (nat.-lib.): Dem Abg. Baumbach schreibe ich mich darin an, daß es für Druckfachen über 50 Gramm noch eine Zwischenstufe etwa für das Gewicht von 50 bis 100 Gramm zu 5/4 geben sollte. Dem Antrag Lingens stehen wir durchaus sympathisch gegenüber. Derselbe erreicht aber seinen Zweck nicht, weil er nicht radikal vorgeht; die Beamten müßten ja nach demselben ebenso lange im Dienste bleiben wie früher; sie hätten nur während dieser Zeit etwas weniger zu thun. Der Sonntag ist ferner namentlich der Posttag des kleinen Mannes.

Abg. Windthorst (Centr.) dankt dem Staatssecretär für seine Bemühungen auf diesem Gebiete. Dem Hinweis auf die Bedürfnisse des Verkehrs stelle ich gegenüber, daß es ein reicheres Land als England, wo die Sonntagsruhe in ausgiebigstem Maße vorhanden ist, nicht giebt. Der übrige Verkehr wird sich allmählich nach der Post richten. Der Sonntag muß dienen, wogegen er eingelegt ist, zum Gottesdienst und zur Erholung für Körper und Geist.

Abg. Stöcker (cons.): Es ist ja seit dem vorigen Jahre schon einiges von der Verwaltung geschehen, und dafür sind wir dem Staatssecretär dankbar, aber es ist doch noch sehr wenig. Der Staat muß das Vorbild abgeben, und die Post gehört zu den größten Arbeitgebern auf dem staatlichen Gebiet. Wir müssen die Frage so lange hier festhalten, bis sie im Sinne der großen Majorität dieses Hauses und des deutschen Volkes beider Confessionen geregelt ist.

Staatssecretär Stephan: Es ist nicht wenig, sondern es ist viel geschehen. Bei uns können an jedem Sonntage 51 % der Postbeamten dem Gottesdienste beiwohnen, und auch außerdem wird von den Postdirectionen darauf Rücksicht genommen, ihnen die Möglichkeit dazu nach Kräften zu gewähren. Es ist bei einem so complicirten Apparate von 80 000 Beamten nicht leicht, derartige Einrichtungen zu treffen, aber wir haben es uns immer lassen von dem guten Zweckes willen. Die Einrichtungen in England sind vor 200 Jahren getroffen worden, das ist etwas anderes, als wenn wir mit einem Schläge bei unseren verwickelten Verkehrsverhältnissen diesen Sonntag einführen wollten. Daß es aber auch in England nicht so schlimm ist, geht aus dem Bericht über eine Verammlung hervor, welche am 25. October 1884 in London stattgefunden hat, die sich dahin aussprach, es möchte den 23 500 Beamten, welche im englischen Postdienst am Sonntag beschäftigt sind, mehr Ruhe gewährt werden. Innerhalb des deutschen Reiches sind aber schon jetzt weniger Postbeamte am Sonntag thätig.

Abg. Baumbach: Nichts liegt mir ferner, als den Postbeamten die Theilnahme an dem frühlichen deutschen Sonntag verkümmern zu wollen. Ich habe mich nur gegen eine Verengung des Verkehrs gewandt, die den Postbeamten gar nichts nützt. Wir unfererseits sind im Gegenlag zum Abg. Stöcker nicht gewohnt, unsere religiösen Gefühle und Anschauungen öffentlich zur

Schau zu tragen: wir betrachten diese Dinge mehr als Interim. Die Frage der Sonntagsruhe ist vor allem eine locale Frage. Das Christentum ist in erster Linie eine Religion der Liebe und nicht des Hasses und des Kampfes, und ich würde mich freuen, wenn ich mich künftighin auf diesem Boden auch mit dem Abg. Stöcker zusammenfinden könnte.

Abg. Stöcker: Auf den verheißenen Appell an mich, das Christentum als Religion der Liebe zu pflegen, erwidere ich, dass gerade der Umstand, dass eine Menge jüdischer Arbeiter am Sonnabend feiern und ihren Arbeitern den Sonntag vorzuenthalten, mir Veranlassung zum Kampf gegen das Judentum gegeben hat.

Abg. Liebknecht hält die von ihm früher vorgebrachten Beschwerden über Postbeamte gegenüber den Ausführungen des Staatssecretärs aufrecht.

Abg. Singer: Nachdem von allen Seiten in Bezug auf die notwendige Sonntagsruhe der Postbeamten Uebereinstimmung sich kundgegeben hat, kommt der Abg. Stöcker mit seiner Privattheorie, indem er auf die jüdischen Arbeiter hinweist, die ihre Arbeiter am Sonntag arbeiten lassen. Das ist doch ein in den Haaren herbeigezogenes Beispiel. Für soweit verurteilt wird das deutsche Reich doch auch von Herrn Stöcker nicht gehalten werden, dass nun auch schon die Reichs-Postverwaltung auf diesem Standpunkte angekommen sein sollte. Ich behaupte, dass ein Unterschied in Bezug auf die Sonntagsheiligung zwischen jüdischen und christlichen Arbeitgebern kaum existieren dürfte. Was Humanität, Menschlichkeit, was die ganze Behandlung anbelangt, sind die jüdischen Arbeitgeber in einem Gegenatz zu den christlichen absolut nicht zu bringen. Ich bin ein sehr warmer Anhänger der Sonntagsruhe und wünsche, dass auch Hr. Stöcker derselben theilhaftig werde. Wenn er auf mich exemplificiren wollte, so verweise ich ihn darauf, dass mein Name unter einem Gesetzentwurf steht, der noch viel strenger, als Hr. Stöckers Freunde es wollen, den Sonntag heiligen will.

Abg. Stöcker: Ich habe keineswegs auf den Abg. Singer exemplificiren wollen, ich habe mich mit ihm nicht beschäftigt. Hr. Singer scheint nicht im Stande zu sein, dem Gang der Verhandlungen zu folgen (Unruhe links), wenn er mich beschuldigt, diese Debatte angeregt zu haben.

Die Debatte wird hierauf geschlossen.

Abg. Singer (persönlich): Ich bitte doch den Abg. Stöcker, ein für allemal darauf verzichten zu wollen, mir Vorstellungen darüber zu machen, ob ich im Stande bin, der Debatte zu folgen oder nicht. (Lachen rechts.)

Abg. Stöcker (persönlich): Ich habe nur die Thatfachen reden lassen, die bewiesen haben, dass er den Verhandlungen nicht hat folgen können.

Der Titel wird bewilligt; über die Resolution Lingens wird die Abstimmung erst in der dritten Lesung erfolgen.

In Tit. 17 sind vom Abg. Lingens folgende Resolutionen gestellt: „a) die Grundätze über die Feststellung der Gehaltsstufen für die verschiedenen Beamtenkategorien in der Richtung einer Revision unterwerfen zu lassen, dass ein regelmäßiges Vordringen der Beamten nach der Anciennität gesichert werde; b) die Grundätze über Regelung und Berechnung der Dienstzeit bei Tag und Nacht gleichmäßig feststellen, sowie dahin ändern zu lassen, dass die Stunden der Sonntagsruhe bei der Berechnung der Gesamtarbeitzeit der Wochentage nicht in Ansatz kommen.“

In Tit. 18 und Tit. 21 beantragt die Budget-Commission, den Bundesrath zu ersuchen, für die Folgezeit bei Aufstellung des Etats der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung die demselben Einrichtung zu beilegen, wonach sich die Mittel zur Befolgung der Post- und Telegraphensecretäre mit denjenigen Mitteln übertragen, welche zur Befolgung der in Tit. 4 und Tit. 18 bezeichneten höheren Beamtenkategorien sowie zur Befolgung der Kaiserin und Ober-Secretäre bestimmt sind. — Dagegen beantragt Abg. Baumbach folgende Resolution: „Den Bundesrath zu ersuchen, im nächsten Reichshaushaltsetat die zur Befolgung der Postsecretäre bestimmte Summe insofern zu erhöhen, als dies erforderlich ist, um die demselben Schmälerung zu beilegen, welche die Mittel zur Befolgung der Postsecretäre dadurch erleiden, dass sich eben diese Mittel mit denjenigen übertragen, welche zur Befolgung der in Tit. 18 bezeichneten höheren Beamtenkategorien, sowie zur Befolgung der Kaiserin und Ober-Secretäre bestimmt sind.“ — Vom Abg. Lingens endlich liegt eine Resolution dahin vor, darauf Bedacht zu nehmen, dass denjenigen Postsecretären, welche nach einer 25jährigen Gesamt-Postdienstzeit das Durchschnittsgehalt für Postsecretäre nicht erreicht haben, ein Gehaltszuschuss bis zum Höchstbetrage von je 200 M. so lange zu bewilligen sei, bis das auf sie entfallende etatsmäßige Secretärgehalt eine ihrem Dienstalter entsprechende Höhe erreicht hat.“

Ueber sämtliche Resolutionen wird erst in der 3. Lesung abgestimmt werden.

Die Etatsberatung wird auf Mittwoch verlagert.

Deutschland.

Berlin, 3. Febr. Nachdem vorgestern eine längere Sitzung des Staatsministeriums unter Vorsitz des Reichskanzlers stattgefunden hat, ist gestern ein Vortrag des Reichskanzlers beim Kaiser erfolgt, der sich angeblich auf kirchenpolitische Angelegenheiten bezogen hat. Am Sonnabend ist das Präsidium des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses von dem Kaiser und dem Kaiserin aus dem Kronprinzen empfangen worden. Der Kaiser begrüßte die Präsidenten mit gewohnter Liebenswürdigkeit und sprach seine Vertheiligung über den raschen Verlauf der Landtagsarbeiten aus, enthielt sich aber jeder politischen Äußerung. Der Empfang der Präsidenten im Kronprinzenpalais war ein sehr freundlicher, aber auch hier waren die launigen Äußerungen des Kronprinzen durchaus unpolitischer Natur. Das Befinden des Kaisers schien ein durchaus befriedigendes.

L. Berlin, 3. Febr. Die 13. Commission zur Beratung der Gesetzentwürfe über die Ausdehnung der Unfallversicherung besteht aus den Abgg. Frhr. v. Franckenstein (Vors.), Frhr. v. Waldbach-Gülz (stellv. Vors.), Graf Adelmann, Rohland (freis.), Beiel (Schriftführer), Frhr. v. Wentz, Naché, Frhr. v. Sagen, Horn, Stöbel, Graf v. Preyung (Landshut), Schelbert, Löwe (freis.), Schrader (freis.), Ehselb (freis.), Baumgarten (freis.), Dr. Buhl, Gehlbart, Dr. Müller (Sangerhausen), Große, Widmann, Hafenclever, v. Salbern-Blettenburg, Hellwig, v. Szaniacki, Dr. v. Kulmiz, Frhr. v. Dr. Graf Dönhofs-Friedrichstein.

Die Subcommission für Ausarbeitung des Borkenfeuergesetzes wird morgen Abend die Beratung des von dem Abg. Grimm vorbereiteten Entwurfs beginnen. Abg. Siemens (deutschfr.) ist aus der Subcommission ausgeschieden.

F. Berlin, 3. Februar. [Die Kohlenzoll-agitation.] Aus den rheinisch-westfälischen Kohlen-districten ist die vor einiger Zeit in Umlauf gekelte Kohlenzoll-Petition dem Reichstage zugegangen. Fast gleichzeitig gab der Vertreter des Wahlbezirks Dortmund-Bochum im Abgeordnetenhaus, Land-richter Schmieding, seiner Sympathie für einen Kohlenzoll Ausbruch. In der freien wirtschaftlichen Vereinigung des Reichstages war von einem oberflächlichen Abgeordneten der Vorschlag gemacht worden, zur See eingehende Steinkohlen, also englische, mit einem Zoll von 5 Pfg. pro 100 Kilogr. zu belegen. Obwohl dieser Vorschlag nicht unerhebliche Unterstützung fand, wurde er doch abgelehnt, und ebenso ein weiterer, Braunkohlen mit einem Zolle von 3 Pfg. pro 100 Kilogr. zu belasten. Diejenigen Interessenten, die sich nicht davon zu überzeugen vermögen, weshalb die Kohlenindustrie allein ohne Schutzoll bleiben soll, wenn alle anderen Zweige ihren Theil davontragen, geben aber ihre Hoffnungen noch nicht verloren. Im Königreiche Sachsen verlangt man dringend nach einem Schutze

gegen die böhmischen Kohlen, und dieselben Wünsche machen sich in Niederschlesien geltend. Hier hat die Verwaltung der einem Freiherrn v. Steinäcker gehörenden Braunkohlenbergwerke zu Lichtenau eine Petition in Umlauf gesetzt, in welcher verlangt wird, der ausländischen Kohle, insbesondere aber der böhmischen Braunkohle — denn diese macht dem Herrn v. Steinäcker Concurrenz — bei ihrem Eintritte in das Reich einen Zoll von mindestens 10 Pfg. pro Centner, also 20 Pfg. pro 100 Kilogr., d. h. fast das Siebenfache von dem, was in der freien wirtschaftlichen Vereinigung vergeblich beantragt worden ist, und mehr als ein Viertel des Werthes, aufzuerlegen. Wenn der Reichstag und die Regierung auf diesen beschiedenen Vorschlag nicht eingehen wollen, werden sie gebeten, wenigstens die „für die niederschlesische Kohlenproduction notwendigen Consumartikel“ zollfrei zu lassen oder die Steuer dafür zurückzuerlassen.

Ohne nähere Erläuterung ist die Tragweite dieser letzten Forderung nicht zu übersehen, doch geht aus allem hervor, dass die Hoffnung auf Schutzzölle in der Kohlenindustrie Boden gewinnt, und dass die Forderung derselben, wenn sie auch jetzt abgelehnt wird, ohne Zweifel wiederkehren wird, sobald die Grubenbesitzer den nachtheiligen Einfluss der Erhöhung der Holz- und Kornzölle auf die Rentabilität ihres Betriebes erfahren haben.

Görlitz, 1. Februar. Die Stadtverordneten-Versammlung hat den Antrag des Magistrats angenommen, auf die Herrschaft Penzig und die städtischen Kammereigüter eine Pfandbriefschuld aufzunehmen, mit der Anleihe bei dem Reichs-Invalidenfonds statt mit 1 Proc. der ursprünglichen Summe von 5 700 000 Mk. mit 6 Procent jährlich tilgen zu können und statt einer bis 1911 resp. 1917 mit 4 1/2 Proc. verzinssenden Schuld eine mit 3 1/2 und 4 Proc. verzinssende, in 52 Jahren tilgbare zu erhalten. Die Entlastung des Etats der Schuldenverwaltung wird gegen die bisherigen Tilgungspläne im Jahre 1897 117 644 Mk. betragen, falls 4procentige Pfandbriefe aufgenommen werden, sie stellt sich noch erheblich höher, wenn bei fortwährendem Sinken des Zinses für Anlagevertheile statt 4 proc. Pfandbriefe 3 proc. ausgetilgt und ohne nebenswerthen Coursverlust gegeben werden können.

Wilhelmshaven, 1. Februar. Allen Anscheine nach wird die Indienststellung der Schiffe „Stein“ und „Sophie“ schon früher als zum 1. April erfolgen, da an denselben seit Kurzem besonders fleißig gearbeitet wird. Die außergewöhnliche Zahl von in Dienst gestellten Schiffen lässt vermuthen, dass das diesjährige Uebungsgehwader in Folge von Mangel an Mannschaften nicht ein so completes wie das vorjährige wird. In der That hat eine so zahlreiche Entsendung von Schiffen nach auswärtigen Stationen wie zur Zeit noch nicht stattgefunden. Am 1. April werden auf auswärtigen Stationen und im Wachdienst in Function sein 32 Kriegsschiffe mit 246 Geschützen und 6068 Mann Besatzung.

Belgien.

Brüssel, 31. Jan. Die Actiengesellschaft, deren Gegenstand die Herausgabe des seit 1881 erscheinenden „Journal de Rome“ ist, hat für sich befinden, ihren Sitz in Belgien aufzuschlagen. Das Amtsalat bringt der Vorchrift des Actiengesetzes vom 18. Mai 1873 gemäß die Satzungen der neuen belgischen Gesellschaft. Es heißt darin: „Art. 27. Da das „Journal de Rome“ gegründet wurde, um die Rechte der päpstlichen Herrschaft zu vertheidigen und die Wiederherstellung der weltlichen Macht als der einzigen wirksamen Bürgschaft für die Unabhängigkeit des Papstes zu verlangen, so müssen Maßnahmen dahin getroffen werden, dass die politische Richtung des Blattes nie geändert werde. Demgemäß muß im Falle des Ablebens oder der Entlassung des gegenwärtigen Leiters, des Herrn Henri des Bours, die Wahl seines Nachfolgers durch den Verwaltungsrath der Gesellschaft der Genehmigung des Centralausschusses des Verbandes für die Anstrengung der Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstthums unterbreitet werden.“

England.

A. London, 2. Februar. Prinz Albert Victor von Wales, der vor Kurzem seine Großjährigkeit erlangte, begann am Sonnabend seine öffentliche Laufbahn durch Eröffnung des in dem Arbeiterviertel Whitechapel gelegenen neuen Whittington-Clubs. Es ist dies ein Heim für jugendliche Arbeiter, die sich ihr Brod grüßentheils durch Stiefelputzen in den Straßen Londons verdienen. Der Prinz hielt eine Ansprache an die Jungen, in welcher er sie dringend ermahnte, niemals vom Pfade der Tugend abzuweichen.

Amerika.

ac. Newyork. Der neugewählte Präsident Cleveland fängt an, sich für seine Inthronisierung vorzubereiten. Er hat Carlisle, den Präsidenten des Repräsentantenhauses, und auch den Deputirten Randall eingeladen, in Albany mit ihm über seine beabsichtigte Verwaltungspolitik, sowie über die Bildung seines Cabinets zu conferiren. Beide dieser Herren, sowie auch der neugewählte Vice-Präsident Hendricks haben bereits längere Unterredungen mit ihm gehabt. Cleveland wird demnächst Newyork besuchen, um eine allgemeine Berathschlagung mit demokratischen Staatsmännern aus allen Theilen des Landes zu pflegen.

Danzig, 4. Februar.

Better-Ansichten für Donnerstag, 5. Februar. Privat-Prognose d. „Danziger Zeitung“.

Nachdruck verändert laut Gief v. 11. Juni 1870

Bei einem veränderter Temperatur und mäßigem Winde ziemlich heiteres Wetter mit Niederschlägen.

* [Delegirten-Conferenz und Bürger-Versammlung.] In der heutigen Sitzung des Vorstehersamts der Kaufmannschaft sind die Herren Otto Steffens, Rossmann, Wih. Behrendt, Adolph Claasen und Ehlers zu Delegirten für die auf Montag, den 9. d. M. nach Berlin berufene XII. Delegirten-Conferenz von Handelsplätzen norddeutscher Seegegenden gewählt worden. Auf der Tagesordnung der Conferenz stehen: 1) Berathung über die Zolltarif-Novelle und zwar: a) über Erhöhung der Getreidezölle, b) über Erhöhung der Holz- und Holzschliffzölle, c) über den sonstigen Inhalt der Zolltarif-Novelle; 2) Berathung über den Gesetzentwurf betr. die Einführung einer Geschäftssteuer. Das Referat über die Holz- und Holzschliffzölle haben die Danziger Delegirten übernommen.

Auf nächsten Freitag Abends 8 Uhr ist hier in Danzig nach dem großen Saale des Schützenhauses eine allgemeine Bürger-Versammlung einberufen worden. Derselbe wird unter dem Voritze des Stadtverordneten-Vorstehers abgehalten werden und hat zur Tagesordnung: „Die Gefährdung der Danziger Arbeits- und Erwerbsverhältnisse durch die neue Zolltarifvorlage, insbesondere durch die beabsichtigte Erhöhung der Getreide- und Holzschliffzölle.“ Bei der großen Bedeutung der Sache darf gewiß erwartet werden, dass die Versammlung eine sehr zahlreiche Theilnahme findet.

* [Von der Weichsel.] Die beiden Eisbrech-dampfer „Montau“ und „Weichsel“ gelangten gestern bis Abends 9 Uhr bis 500 Meter oberhalb der Bollenbude und brachen eine Strecke von im Ganzen 2300 laufenden Metern auf. Obgleich wegen des in bedeutender Menge vorhandenen Untereises das Eis eine beträchtliche Stärke hatte, brach dasselbe doch ganz gut. In der Elbinger Weichsel ist bei Fischerbude der Strom freigelegt und die dortige Fährre wieder in Betrieb gesetzt, während beim Ruduskrug und am „Neuen Licht“ der Traject noch über die Eisbänke stattfindet. Wasserstand bei Pöckel 2.04, Plehnendorf 3.26 Meter.

Aus Rulm meldet ein Telegramm von heute Vormittag 10 1/2 Uhr, dass dort der Traject bereits wieder gänzlich unterbrochen sei.

* [Ehrenbürgerbrief.] Der Magistrat hat nunmehr für Hr. Geh. Oberbaurath Wiebe, welchem Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung aus Anlass seines 80. Geburtstages im November v. J. einstimmig das Ehrenbürgerrecht der Stadt Danzig zu verleihen beschlossen, einen künftighin ausgestatteten Ehrenbürgerbrief herstellen lassen, welcher nunmehr Herrn Wiebe überreicht werden soll. Denselben umschließt eine Mappe aus Leder mit reicher Schnitzornamentik und massivem Silberbesatz, dessen Mitte das Wappen Danzigs in relief bildet. Das Titelblatt sowie die beiden Deckseiten sind in lebhafter Ornamentik umrahmt und mit einer Reihe hübscher Illustrationen geschmückt, darstellend eine Gesamtansicht von Danzig, den Bahnhofs, die Pumpstation, das Rathhaus, die Marienkirche, den Artushof, die Trinitatis-Kirche und als Schlüsselfeld den Wiederschen Denkmalsbrunnen auf dem Winterplatz. Die Mappe ist, wie wir hören, aus dem Berliner Gewerbenussum hervorgegangen, die Aquarell-maler hat Hrl. Solger und die Schriftzeichnung Hrl. Kirchner hieselbst bewirkt. Der Text des Briefes lautet: „Dem Hrl. Geh. Oberbaurath Herrn F. Wiebe verleihen wir, der Magistrat der Stadt Danzig und die Stadtverordneten, in lebhafter Erinnerung daran, dass er uns durch ein Project für die Reinigung und Entwässerung Danzigs, den Weg zur Gesundung unserer Stadt gezeigt und uns bei dessen Ausführung rathend und beistehend zur Seite gestanden hat, in dankbarer Würdigung der hohen Verdienste, die er sich dadurch um unser Gemeinwesen erworben hat, und in Bezugung der großen Verehrung, von welcher wir und unsere Mitbürger gegen ihn als einen Wohltäter der Stadt erfüllt sind, das Ehrenbürgerrecht.“

* [Verletzungen.] In Folge der anderweitigen Organisation des Gerichtssystems sind vom 1. April ab verlegt: Landgerichts-Secretär Seidenhans an das Thron mit der Function als Kassencontroleur an das Amtsgericht zu Danzig, Amtsgerichts-Secretär Nagorski in Gollub mit der Function als Dolmetscher an das Amtsgericht zu Pr. Stargard, Amtsgerichts-Secretär Sommer II. in Pr. Stargard an das Amtsgericht zu Danzig, Amtsgerichts-Secretär Stremlow in Mewe an das Amtsgericht zu Danzig, Amtsgerichts-Secretär Wilde in Kulinke an das Amtsgericht zu Danzig, Amtsgerichts-Secretär Perntsch in Mewe an das Amtsgericht zu Thorn, Amtsgerichts-Secretär Sader in Putzig an die Staatsanwaltschaft in Graudenz, Amtsgerichts-Secretär Barthels in Schönewald an die Staatsanwaltschaft in Elbing. Ferner sind die Amtsgerichts-Assistenten Fuchs in Dt. Eylau, Foks in Stuhm und Waprowski in Graudenz nach Danzig verlegt.

* [Verurtheilungen.] Der Rechnungsrath Claus, Proportmeister in Danzig, ist auf seinen Antrag mit Pension in den Ruhestand versetzt und dem Munitions-Inspector Baat, beauftragt mit der Function als Betriebs-Inspector bei der Munitionsfabrik in Danzig, der Titel Betriebs-Inspector verliehen worden.

* [Uebungen der Grenz-Reserve.] Die Uebungs-terminen für die erste, zweijährige Uebung der Grenz-reservisten 1. Klasse sind in diesem Jahre festgesetzt: für Infanterie, Jäger und Pioniere auf den 24. August, für die Fuß-Artillerie auf den 1. September, für den Train auf den 1. Juli.

* [Wichtige Entscheidung.] Eine das Verdingungs-wesen in Preußen betreffende wichtige Entscheidung in einer Frage, mit welcher sich die Rechtspredung der höchsten Gerichtshöfe noch nicht beschäftigt hat, ist vom Reichsgericht durch Urtheil vom 4. December v. J. gefällt worden. Nach diesem Urtheil hat jedes Mitglied einer Kirchengemeinschaft im Geltungsbereich des preuss. allg. Landrechts ein im Wege des Civilprocesses verfolgbares Recht auf die bestimmungsmäßige Benutzung des der Kirchengemeinschaft gehörigen Kirchhofes für sich und seine der nämlichen Parodie angehörigen Familienglieder. Verweigert beispielsweise die Kirchengemeinde dem eingepfarrten Vater das „eheliche“ Begräbniß der Leiche seines (Haus-) Sohnes, so kann der Vater gegen die Gemeinde die Civillage erheben auf Verurtheilung derselben, das Begräbniß der Leiche auf dem Gemeindefriedhof an der für die Verdingung der Gemeindefriedhöfe regelmäßig dienenden Stelle („in der Reihe“) unter Ausschluss aller das Andenken des Verstorbenen herabsetzenden Ausnahmemaßregeln zu gestatten.

* [Luftdröhre.] Die im vorigen Jahre an der größeren Hälfte der außer Dithau fahrenden Conier-zugmaschinen angebrachte Luftdröhre, mittels welcher bekanntlich der Zug bei schneller Fahrt fast plötzlich zum Stillstand gebracht werden kann, wird in diesem Jahre an der zweiten Hälfte der Conierzugmaschinen zur Ausführung gebracht werden.

* [Stadttheater.] Fräulein Clara Chff wird am nächsten Montag in „Wilhelm Tell“ als zweites Debut die Rolle der Bertha spielen. — Die Premiere der Oper des Kapellmeisters Hrn. Kleinmüller „Schloß de l'Orme“ findet am Mittwoch, den 11. d. M. statt. In der gestrigen Sitzung der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger wurde beschlossen, dass auch in diesem Jahre ein Herren-Abend im Schützenhause stattfinden soll. Derselbe ist auf Sonnabend, den 7. März, festgesetzt.

* [Marktpreise.] In der letzten Sitzung der städtischen Markt-Commission sind die Durchschnitts-Markt- und Adenpreise zu Danzig im Monat Januar cr. festgelegt worden. Danach kosten je 100 Kilogramm: Weizen gut 16.56 M., mittel 15.06 M., gering 14.06 M.; Roggen gut 13.42 M., mittel 12.69 M., gering 12.04 M.; Gerste gut 14.50 M., mittel 13.50 M., gering 12.15 M.; Hafer gut 13.50 M., gering 12.65 M.; Erbsen gelbe zum Kochen 16.00 M.; Speisebohnen 22 M.; Linsen — M.; Kartoffeln 3.75 M.; Rindfleisch 3 M.; Krummschmalz 2 M.; Sen 4.50 M.; Ferner je 1 Kilogr.: Rindfleisch von der Keule 1.20 M., Bauchfleisch 1.10 M.; Schweinefleisch 1.10 M.; Kalbfleisch 1.20 M.; Hammelfleisch 1.10 M.; geräucherter Speck, hiesiger 1.60 M.; Eßbutter 2.39 M.; Buttergemisch Nr. 1 30 M.; Roggemehl Nr. 1 25 M.; Gerstengraupen 33 M.; Gerstengröße 33 M.; Buchweizengröße 60 M.; Hirse 30 M.; Reis, Java, 60 M.; Kaffee, Java, mittler roh 2.40 M., Java gelb in gerösteten Bohnen 3.00 M.; Speisefalz 20 M.; Schweinefleisch, hiesiges 1.60 M.; Eier für 60 Stück 4.00 M.

* [Feuer.] Gestern Abend etwa 6 Uhr entstand in dem Hause Jopengasse 4, und zwar in dem Keller der dort belegenen Saarbrückerischen Druckerei, ein Feuer, welches, wäre es in der Nacht ausgebrochen, sehr gefährlich hätte werden können, da der Keller Balkendeckel und viele Holzverschläge und Sägen enthielt. Als das Feuer sich im Saale durch Brandgeruch bemerkbar machte, brannte in dem Keller Papier, als aber Herr Saarbrücker mit seinen Leuten mit Eimern Wasser an das Feuer heranging, um zu löschen, entstand ein so starker, undurchdringlicher Dampf, dass der Keller verlassen werden mußte. Nunmehr erschien aber mit bewundernswerther Schnelligkeit die sofort adreirte Feuerwehr; doch auch ihr war das Eindringen in den Keller, des starken Rauchs wegen, der den Haussur und das ganze Haus bis zum Dach erfüllte, nicht möglich, weshalb von einem nach der Straße mündenden Nebenkeller durchgebrochen wurde, worauf durch starkes und längeres Wassergeräusch der Brand bald gelöscht und die Angst der Bewohner der oberen Etagen, welche dieselben des starken Rauchs wegen empfanden, zerstreut wurde. Es ist dieser Brand, der ungeschehen geblieben wäre, ein sehr glücklicher, in kürzester Zeit stattgefundener Kellerbrand. Gleich nach der Rückkehr von der Brandstelle in der Jopengasse wurde die Feuerwehr nach dem Grundstücke

Jacobshengasse 10 gerufen, wo ein ganz gleiches Feuer wie am Abend zuvor auf Knienab stattfand. Es brannte auch hier die obere Etage eines auf dem Hofe stehenden Stalles, auf dessen Boden sich Heu- und Strohvorräthe, Häfel zc. befanden, von denen das Feuer ausgegangen war. Mittels Anwendung eines Druckwerkes wurde der Brand alsbald gelöscht. Die Entstehungsart des Feuers konnte auch hier wie auf Knienab nicht mehr ermittelt werden. Man kann sich aber des Eindrucks nicht erwehren, dass auch diese beiden Brände möglicherweise ihren Ursprung in einer gewöhnlichen mäßigen Brandstiftung haben, welche hier von zur Zeit noch unbekannten Personen an jeder als geeignet befundenen Stelle betrieben zu werden scheint. Die baldige Ermittlung der Vollführer dieses gemeingefährlichen Treibens wäre daher dringend zu wünschen.

* [Diebstahl.] Am 18. v. Mts., Abends zwischen 9 und 10 Uhr, schlich sich der Häßliche Knabe Johannes B. in das Schanklokal des Schankwirths M. hieselbst (Holschlag) ein und entwendete aus der Adenstasse eine Geldbörse mit 12 M. und eine Sparschbüche mit etwa 7 M. Inhalt. Vorgestern ebenfalls zwischen 9 und 10 Uhr Abends stahl derselbe Knabe in demselben Lokal aus der verschlossenen Adenstasse, die er mit einem daneben liegenden Schlüssel öffnete, etwa 4 M. Bei diesem Diebstahl wurde der jugendliche Dieb von M. ertappt und festgehalten.

* [Polizeibericht vom 4. Februar.] Verhaftet: 1 Junge wegen Diebstahls, 1 Arbeiter, 1 Maurer wegen Widerstandes, 1 Arbeiter wegen Hausfriedensbruchs, 2 Personen wegen Trunkenheit, 1 Person wegen Straßenunreinlichkeit, 9 Bettler, 14 Obdachlose, 11 Dirnen. Im Laufe der verflochtenen Woche wurden von den Polizei-Geheimbeamten u. A. zur Haft gebracht: 55 Bettler, 18 Dirnen. — Geflohen: 1 alter schwarzer Winterbergheiser.

* [Stargard, 3. Febr.] Wie wir in dem hier erscheinenden „Westf. Boten“ lesen, soll unter den Mannschaften unserer Garnison (1. Reibburen-Regiments) die Trichinosis ausgebrochen und es sollen sich jetzt sieben Mann an derselben erkrankt sein.

* [Elbing, 3. Febr.] Wie die „Elb. Ztg.“ aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, sind die aus Anlass des bei der conservativen Versammlung im Herbst v. J. vorgekommenen Kravalls abgehandelten Gefühle der hiesigen städtischen Behörden, um Befassung der hiesigen Garnison event. Belegung unserer Stadt mit einem anderen Truppentheile, ablehnend beantwortet worden.

* [R. Rostk, 3. Febr.] Die traurige finanzielle Lage, in der sich unsere Commune befindet und die am deutlichsten durch ein Communalsteuer-Deficit von 11 550 M. für 1884/85 sich kenntlich macht, hat, wie an dieser Stelle schon berichtet worden, zur Einsetzung einer gemischten Commission aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung geführt, welche sich mit der Verabreichung einer Verringerung des Communalsteuer-Regulativs vom 9. Mai 1863 befaßt. Diese Commission hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, die Genehmigung einer Präzipiatssteuer zur Grund- und Gebäudesteuer von je 25 P. zu beantragen, und ferner die Erhebung von Kursumsteuern in Erwägung zu ziehen. Als solche sind in Aussicht genommen eine Abgabe auf fremde und einheimische Biere, eine Kaviersteuer und die Verdoppelung der Hundesteuer, welche letztere gegenwärtig 6 M. beträgt. — Im hiesigen Krankenhaus befindet sich ein junges, hübsches Mädchen, das durch Schreck und abergläubische Furcht irrsinnig geworden ist. Die Bedauernswerthe führte ihrem Bruder, einem Dorfschullehrer, die Wirthschaft und erkrankte, als sie eines Abends vor die Thüre trat, vor einem Zaunpfahl, den sie für ein Gelpent hielt, so sehr, dass sie blindlings davonfiel und am nächsten Morgen halbverrückt im Felde gefunden wurde. Seitdem ist ihr Geist unmaßig (Sollte nicht schon der vorherige Geisteskrankheit vorhanden gewesen sein?) Der Vorgang läßt wohl darauf schließen, d. Med.) und ihr Leiden hat sich binnen wenigen Tagen bis zu Tollhufsanfällen verschlimmert, welche die Anwendung der Zwangsmaße nöthig machten. Ihre Ueberführung nach Schwes wird daher wohl unausweichlich sein. — In den Armenvierteln unserer Stadt fuchen Scharlach und Diphtheritis die Kindermwelt in bedeutendem Umfange heim. Bis jetzt sind aus den städtischen Schulen 70 Kinder entlassen, die entweder selbst krank sind, oder doch an den bezeichneten Krankheiten laborirende Geschwister haben.

* [Kulmsee, 3. Februar.] Gestern wurde hier der persönlich habende Gesellschafter der fallit gewordenen Kulmsee Creditgesellschaft, Kaufmann Nathan Hirschfeld, auf Anordnung des Amtsgerichts in gerichtliche Haft genommen. Wie die „Thorner Zeitung“ berichtet, werde der Verhaftete des Betruges beschuldigt. Es soll gegen ihn der Vorwurf erhoben werden, dass er den Gutsbesitzer G. in W. unter Verschweigung der Thatfache, dass die von ihm geleitete Bank zahlungsunfähig war, veranlaßt habe, ihm eine Transaktion zu übertragen, wodurch Herr G. mit etwa 7000 M. geschädigt worden sei.

* Die Actionäre der Zuckerfabrik Kulmsee werden zu einer außerordentlichen Generalversammlung auf den 27. Februar einberufen, um unter Anderem über die Aufnahme einer Grundschuld im Betrage von 600 000 M. zu beschließen.

* [Königsberg, 3. Febr.] Wie die „K. S. Z.“ meldet, ist an Stelle des verstorbenen Herrn Schöndorfer in der gestrigen Sitzung des Vorstehersamts der Kaufmannschaft Herr Simon, Redacteur der Eisenbahnzeitung in Lübeck, zum Secretär der Kaufmannschaft gewählt worden. — Der Ingenieur P. aus Butten in Oberschlesien kam vor drei Wochen ohne seine Familie hierher, mietete sich ein Stübchen in der Magisterstraße und trat in einer hiesigen Fabrik in Stellung. Letztere mußte er schon nach einigen Tagen krankheitshalber wieder aufgeben und lebte seitdem ohne Mittel und Anhang in trübender Noth. Gestern Vormittag schloß er sich, wie die „Allg. Ztg.“ berichtet, eine Kugel in die Schläfe und gab sich dadurch auf der Stelle den Tod. — Die ostpreussische ländliche Feuer-Lozietät beschäftigt, neben der Immobilien- nun auch eine Mobilien-Feuer-Versicherung einzurichten.

* [Königsberg, 3. Febr.] Die Betriebsaufnahme der ostpreussischen Südbahn pro Januar 1885 betrug nach vorläufiger Feststellung im Personenverkehr 59 155 M., im Güterverkehr 225 593 M., an Extraordinarien 20 000 M., zusammen 304 748 M. (gegen den entsprechenden Monat des Vorjahres mehr 12 050 M.)

* [Bartenstein, 2. Febr.] Der Besitzer W. in Rietanen ließ unlängst ein Schwein schlachten, wñ dasselbe auf Trichinen untersucht zu lassen. Nach dem Genuße des Fleisches erkrankten fünf Personen unter gleichen Krankheitserscheinungen. Der herbeigerufene Arzt constatirte Trichinosis. Daß derselbe die Krankheit richtig erkannt hatte, ergab die nun sofort vorgenommene Untersuchung des Fleisches, denn in demselben wurden Trichinen in großer Menge vorgefunden.

* Dem ordentlichen Lehrer Preusschaff am Gymnasium in Kößel ist der Titel Oberlehrer beigelegt worden.

Zuschrift an die Redaction.

Gestern sehte es bis 6 1/2 Uhr früh, heute sogar bis 6 1/2 Uhr früh noch an Wasser in den Wasserleitungen. Liegt dies nur an Bequemlichkeit oder einer Säumnigkeit des betreffenden Beamten, dem die Beförderung der Zuleitungsstränge anvertraut ist, oder existiren Bestimmungen darüber, die mindestens die Hälfte der städtischen Bevölkerung, deren Beruf es nicht gestattet, erst in späterer Morgenstunde ihren Schlaf zu beenden, zwingen, auf den Gebrauch und den Genuß frischen Wassers in früher Morgenstunde zu verzichten? Danzig, den 4. Februar 1885.

Bemerktes.

Berlin, 3. Febr. Der Thäter des am 28. v. M. begangenen Raubes und Mordversuchs in der Balladenstraße ist von der Criminalpolizei in der Person des bereits mehrfach und mit Zuchthaus bestraften Girkles Zwieler vor einigen Tagen ermittelt und gestern früh in Lichtenberg festgenommen worden. Zwieler leugnet jede Theilnahme an der That. Er ist jedoch nicht nur von dem mißhandelten Knaben, sondern auch von einem Briefträger und einem Hausbewohner als der von ihnen an jenem Morgen wahrgenommene Mensch ganz bestimmt erkannt worden. Einige Stunden nach seiner Festnahme ist beim Criminalcommissariat an-

